

EU-Armee: Machtpolitische Imperative und Stolpersteine

von Sabine Lösing und Jürgen Wagner



Zu Recht gilt die Entscheidung zur Aufstellung einer mittlerweile einsatzbereiten Schnellen Eingreiftruppe im Jahr 1999 als eigentliche „Geburtsstunde“⁴¹ für die Militarisierung der Europäischen Union. Um eine EU-Armee handelt es sich dabei deshalb aber noch lange nicht, sondern um einen nicht-stehenden Verbund, der modular aus einzelstaatlichen Truppen zusammengesetzt ist, die sich weiter unter nationaler Kontrolle befinden. Obwohl die EU von einer „Vereinigten Armee von Europa“ auch aktuell noch weit entfernt ist, reichen die Pläne für ihren Aufbau zurück bis zum Plevan-Plan der frühen 1950er Jahre. Seither werden sie in schöner Regelmäßigkeit aus der politischen Mottenkiste geholt, zuletzt Anfang März 2015 durch EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, dem schnell andere Politiker, besonders aus Deutschland, beisprangen. Dahinter steckt das Kalkül, nur im EU-Verbund ließe sich die militärische – und damit auch die machtpolitische – Schlagkraft der Europäischen Union auf das Niveau ihrer Wirtschaftskraft hieven. So schreibt Karl-Heinz Kamp von der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“: „Eine auf diese Weise verstärkte Europäische Union würde in der künftigen multipolaren Welt einen ernst zu nehmen ‚Pol‘ bilden, der neben wirtschaftlichem auch militärischen Einfluss

geltend machen könnte.“⁴² Und genau aus diesem Grund wurde mit ersten Schritten in diese Richtung auch schon vor einiger Zeit begonnen.

Die Verlagerung von Kompetenzen auf die EU-Ebene kann prinzipiell auf zwei Arten erfolgen. Entweder durch eine echte Europäisierung („Vergemeinschaftung“ oder „Supranationalisierung“), indem Entscheidungsbefugnisse weg von den Nationalstaaten hin zur EU-Kommission und dem EU-Parlament verlagert werden, wie dies etwa im Wirtschaftsbereich bereits in weiten Teilen der Fall ist. Oder über eine Stärkung des Europäischen Rates, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer das Sagen haben („Intergouvernementalisierung“): „Wollen die EU-Staaten eine europäische Armee aufbauen, können sie zwischen zwei Wegen wählen: der intergouvernementalen und der transnationalen Zusammenarbeit. Intergouvernementale Zusammenarbeit bedeutet eine vertiefte Zusammenarbeit der EU-Staaten, ohne jedoch eine mit Souveränitätsabgabe verbundene Integration zu vollziehen. [...] Der transnationale Weg zu einer europäischen Armee beschreibt eine Vergemeinschaftung, also die Übertragung nationaler Befugnisse auf die EU-Ebene. Würde man dieses Prinzip auf die Streitkräfte übertragen, würde

eine einheitliche europäische Armee mit einheitlicher Basis (Wehrrecht, Einsatzregeln etc), mit europäischen Führungsstrukturen (europäisches Hauptquartier) unter europäischer politischer Führung entstehen, die nicht mehr von den Entscheidungen einzelner europäischer Staaten abhängig wäre.⁴³

Unter den zahlreichen aktuellen Initiativen zur Europäisierung der Militärpolitik nennt die Bundesregierung zwei für sie prioritäre Projekte, auf die sich im Folgenden konzentriert werden soll: „Pooling & Sharing“ (P&S) zur gemeinsamen Anschaffung und Nutzung militärischer Güter und das „Rahmennationskonzept“ zum Aufbau multinationaler Truppenverbände.⁴ Aus der Analyse dieser beiden Projekte lassen sich vier Schlussfolgerungen ziehen: Erstens wird mit diesen Initiativen die Entscheidung, ob, wie und zu welchem Zweck Soldaten oder Rüstungsgüter eingesetzt werden, keineswegs pauschal von der nationalstaatlichen Ebene an Brüssel abgetreten, auch wenn dies von Kritikern stets suggeriert wird. Stattdessen wird konsequent der intergouvernementale Weg beschritten, was zur Folge hat, dass die Mitgliedsländer – oder zumindest manche von ihnen – auch in Zukunft in allen wesentlichen Fragen der sogenannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP⁵) alle Zügel in der Hand behalten.⁶ Im Ergebnis wird damit – wohl bewusst – versucht, eine doppelte Macht- und Kompetenzkonzentration zugunsten der Exekutiven der großen Mitgliedsländer zu forcieren. Dies resultiert zweitens daraus, dass es im Zuge des Pooling & Sharing zu einer weitgehenden Entmachtung der nationalen Parlamente kommen soll, die aktuell in einigen Mitgliedsstaaten wie Deutschland noch über recht umfassende Mitspracherechte verfügen. Und drittens drohen vor allem kleinere und mittlere Mitgliedsländer bei einer Umsetzung des Rahmenkonzeptes die Kontrolle über ihre Streitkräfte zu verlieren – allerdings nicht an „Brüssel“, also an EU-Kommission und EU-Parlament, sondern an die Regierungen der großen EU-Staaten.

Vor diesem Hintergrund kann von einer von deutscher Seite favorisierten wirklichen Europäisierung der Militärpolitik aktuell also nur sehr eingeschränkt gesprochen werden – dies ist auf den ersten Blick etwas erstaunlich, schließlich ist es weitgehend unbestritten, dass der größte „Gewinn“ an militärischer Schlagkraft genau hierüber und nicht über den Intergouvernementalismus erreicht werden kann. Der Grund hierfür liegt *viertens* vor allem darin, dass weitergehende Schritte in diese Richtung derzeit nicht nur auf den erbitterten Widerstand kleiner und mittlerer Mitgliedsstaaten, sondern auch auf den Großbritanniens, aber zunehmend auch Frankreichs treffen. Denn beide eint die Sorge vor dem seit einiger Zeit offen artikulierten deutschen Führungsanspruch in der Europäischen Union. Akzentuiert wird dies noch durch die jüngsten Erfahrungen mit der Wirtschafts- und Finanzkrise, in deren Folge es der Bundesregierung gelang, den Kurs weitgehend im Alleingang zu bestimmen. Deshalb denken beide Länder aktuell nicht im Traum daran, irgendwelche Souveränitätsrechte in diesem Bereich aus der Hand zu geben, solange sie die Sorge umtreibt, hierdurch könnte auch die Militärpolitik unter die Fuchtel des „Deutschen EUropa“ geraten.

Machtfaktor „Vereinigte Armee von EUropa“

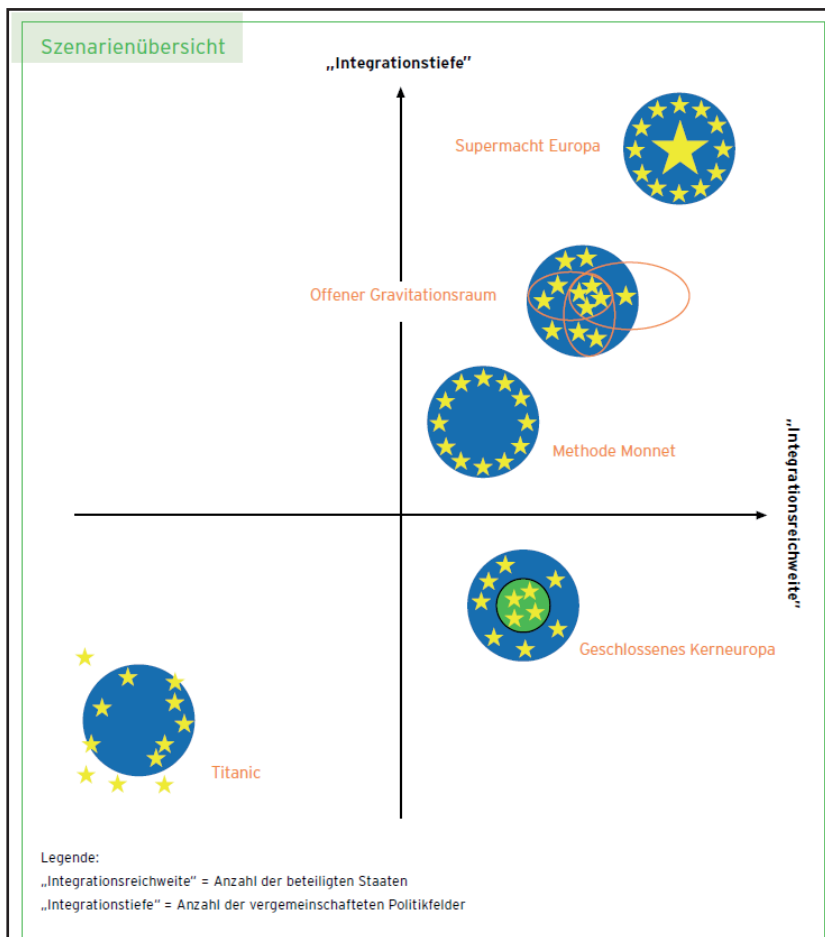
Schon vor Jahren fasste der ehemalige belgische Außenminister Mark Eyskens die Überlegungen, weshalb eine EU-Armee erforderlich sei, in einem Spruch zusammen, der inzwischen zum geflügelten Wort avanciert ist: „Europa ist ein wirtschaftlicher Riese, ein politischer Zwerg und, was noch schlimmer ist, ein militärischer Wurm, wenn es keine eigenständige Vertei-

digungsfähigkeit entwickelt.“⁴⁷ Ein in Teilen nicht unähnliches Begründungsbündel legte Kommissionschef Juncker in seiner jüngsten Initiative Anfang März 2015 vor: „Eine europäische Armee hat man nicht, um sie sofort einzusetzen. [...] Aber eine gemeinsame Armee der Europäer würde Russland den Eindruck vermitteln, dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union. [...] Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und gemeinsam die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. [...] Im Übrigen würde eine europäische Armee zu einer intensiven Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Kauf von militärischem Gerät führen und erhebliche Einsparungen bringen.“⁴⁸

Der reichlich kontraproduktive Verweis auf Russland⁹ soll hier augenscheinlich den nötigen Alarmismus erzeugen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Er zeigt im Übrigen auch, dass es hier keineswegs, wie vor allem in Grünen Kreisen gerne betont wird, um ein „Friedensprojekt“ geht, mit dem Ziel zu verhindern, „dass Staaten in Europa Kriege gegeneinander führen könnten.“¹⁰ Dies geht auch aus Junckers Äußerung hervor, eine solche Armee sei ganz generell von großem Nutzen, und zwar unabhängig davon, ob sie überhaupt eingesetzt wird. Hier reproduziert der EU-Kommissionschef die innerhalb der Eliten omnipotente Vorstellung, dass der weltpolitische Einfluss eines Landes (oder eines Staatenverbundes) eng mit dessen militärischer Schlagkraft zusammenhängt. Mit anderen Worten brachte diesen Gedanken der ehemalige EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering folgendermaßen auf den Punkt: „Politische Gestaltungskraft ist in der internationalen Politik aber unveränderlich an militärische Stärke gebunden. [...] Die EU sollte sich daher nicht nur in ihrem Wunschdenken und ihrer Rhetorik zu einem Akteur von globaler Relevanz erklären, sondern sie muss auch die Mittel besitzen und danach handeln.“¹¹

In nahezu dieselbe Richtung argumentiert auch Jürgen Dreifke vom Bundeswehr-Reservistenverband in einem Plädoyer, weshalb eine EU-Armee wünschenswert sei: „Europa hat das Potenzial als globaler Akteur aufzutreten, spricht aber noch nicht wirklich mit einer Stimme und kann seine politischen und militärischen Ressourcen nicht gebündelt in die Weltpolitik einbringen. Europa wird sich in einer Welt mit zahlreichen neuen aufstrebenden Machtzentren behaupten müssen und kann sich nicht andauernd auf die USA verlassen, die zur Zeit einen weit höheren Anteil an der gemeinsamen Sicherheit finanzieren als zu Zeiten des Kalten Krieges.“¹²

Noch klarer beschrieb die Bertelsmann-Stiftung schon vor einigen Jahren in dem Papier „Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien“ die „Notwendigkeit“ einer EU-Armee für die von ihr bevorzugte Zukunftsperspektive folgendermaßen: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. [...] Im Ergebnis einer Abtretung nationaler Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten an die EU entwickelt sich die Union zu einem umfassenden globalen Sicherheitsakteur. Die Etablierung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion und vor allem der Aufbau der Vereinten Europäischen Strategischen Streitkräfte (VESS), die sich unter einem gemeinsamen europäischen Oberkommando des Atomwaffenpotentials Frankreichs und Großbritanniens bedienen können, verändern die internationale Rolle der EU. [...] Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer



Bertelsmann-Stiftung: 5 Zukunftsszenarien. Quelle: Algeri, Franco u.a.: *Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien*, Centrum für angewandte Politikforschung, München 2003

Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die sich stetig in Richtung einer Supermacht Europa entwickelnde Europäische Union erweist sich als ein äußerst offenes System, das auch im Prozess der Staatswerdung fähig ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Damit ist die EU global das einzige System, das territorial kontinuierlich expandiert.¹³

Fragmentierte Ineffizienz

Nahezu unisono wird also die Meinung vertreten, dass ein Zuwachs an militärischer Macht allein schon deshalb wünschenswert ist, da er mit der Vergrößerung des eigenen weltpolitischen Einflusses einhergeht. Insofern wird es als besonders misslich erachtet, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis im Militärbereich erheblich zu wünschen übrig lässt: „Derzeit umfassen die Verteidigungshaushalte der EU immerhin fast 200 Milliarden Euro – die Fähigkeiten der EU-Streitkräfte entsprechen aber nur 10 bis 15 Prozent der Leistungsfähigkeit des amerikanischen Militärs.“¹⁴

Verbesserungen verspricht man sich hier vor allem von einem Ausbau der europäischen Rüstungskoooperation. Ausgangspunkt der diesbezüglichen Überlegungen ist der kleinteilige europäische Rüstungssektor, der sich auf viele Länder und Rüstungsbetriebe verteilt und durch den das ganze Geschäft mit dem Krieg reichlich ineffizient wird. So argumentierte etwa Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in seiner rüstungspolitischen Grundsatzrede vom 8. Oktober 2014: „Die Verteidigungsindustrie in der EU ist nach wie vor national ausgerichtet und stark fragmentiert.

Europa leistet sich den ‚Luxus‘ zahlreicher Programme für gepanzerte Fahrzeuge, den intensiven Wettstreit zwischen drei Kampfflugzeugen und eine starke Konkurrenz z. B. im U-Boot-Bereich. [...] Folgen dieser unbefriedigenden Situation sind hohe Kosten und nachteilige Folgen für den internationalen Wettbewerb, aber auch negative Auswirkungen für die Streitkräfte. Die Bundesregierung muss daher nach meiner Meinung verstärkt auf eine europäische Zusammenarbeit bis hin zum Zusammengehen von in einzelnen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen setzen.“¹⁵

Eine Bündelung des Rüstungssektors durch einen Ausbau der Militärkooperation („Konsolidierung“) soll hier Abhilfe schaffen. Die bislang aus manchen der 28 Einzelarmeen mit häufig vollkommen unterschiedlicher Ausrüstung modular oder ad-hoc zusammengesetzten EU-Einheiten sollen sukzessive in immer mehr Teilbereichen durch stehende gemeinsame Truppenteile mit gemeinsamen Stäben und einheitlicher Bewaffnung ersetzt werden. Dies soll u.a. eine deutlich höhere Interoperabilität zwischen den nationalstaatlichen Teilstreitkräften gewährleisten – gemeinsame Standards und gemeinsames Gerät sollen helfen, die militärische Schlagkraft deutlich zu erhöhen: „Eine gemeinsame Rüstungsindustrie würde Europa nicht nur politisch unabhängig machen, sondern auch Armeen mit einheitlichem Gerät versorgen; bislang behindern inkompatible nationale Versionen die Kooperation.“¹⁶

Goldesel Rüstungszusammenarbeit

Den wesentlichen Mehrwert, den man sich von einem Ausbau der Rüstungskoooperation verspricht, greift auch Juncker in seinem Plädoyer für eine EU-Armee auf: das Geld. Denn von derart gebündelten Kräften erhofft man sich drastische Kostenersparnisse in den Bereichen Anschaffung, Betrieb und Wartung militärischen Geräts.¹⁷ Das Ganze ergibt dann deutlich mehr Militärmacht als die Summe seiner Teile, so die Argumentation. Dabei sollen selbstredend die von Juncker prognostizierten Einsparungen nicht zu einer Absenkung der Rüstungshaushalte führen¹⁸, sondern zu Effizienzsteigerungen, also knapp zusammengefasst: zu mehr Krieg pro Euro!

In diesem Zusammenhang überbieten sich seit einiger Zeit diverse Studien mit ihren Prognosen, welche Summen durch einen Ausbau der Rüstungszusammenarbeit eingespart werden könnten. Unter anderem die Unternehmensberater von McKinsey beschäftigten sich hiermit: „Laut einer neuen Studie verschwenden die EU-Staaten durch den zersplitterten Markt für Rüstungsgüter viel Geld. Darin rechnen die Berater von McKinsey vor, dass sich die EU-Staaten sechsmal so viele unterschiedliche Waffensysteme leisten wie die USA, obwohl ihre Wehretats zusammengerechnet nur 40 Prozent des US-Budgets ausmachen. So betrieben die europäischen Armeen 14 unterschiedliche Kampfpanzer, die US Army nur einen, die Europäer 16 verschiedene Kampffjets, die Amerikaner nur sechs. [...] Langfristig könnten die Staaten demnach rund 30 Prozent sparen, wenn sie bei der Rüstungsbeschaffung enger zusammenrückten. Bei gesamten Rüstungsausgaben von 43 Milliarden Euro im Jahr 2012 wären das immerhin 13 Milliarden.“¹⁹

Noch „optimistischer“ zeigte sich eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des EU-Parlaments namens „Cost of Non-Europe



Luftbetankung gilt als eine der wichtigsten „Fähigkeitslücken“. Quelle: Europäische Verteidigungsagentur

Report“, die argumentiert: „73 Prozent der Beschaffungsvorhaben würden bis heute nicht europaweit ausgeschrieben. ‚Zusammenarbeit bleibt die Ausnahme‘, urteilen die Experten. Die daraus entstehenden Mehrkosten sind immens. Laut Bericht belaufen sie sich auf mindestens 26 Milliarden Euro pro Jahr. Maximal könnten sich die verschwendeten Steuergelder sogar auf 130 Milliarden Euro jährlich summieren. Im Jahr 2012 gaben die EU-Staaten rund 190 Milliarden für Rüstung aus.“²⁰

Ausgerechnet diese – absurd hohen – Zahlen wurden dann u.a. von einer Expertengruppe zum Aufbau einer EU-Armee unter Leitung des ehemaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana aufgegriffen, die ihre Studie nahezu parallel als Begleitmusik zu Junckers Vorschlägen veröffentlichte.²¹ Auch der Pressesprecher des Kommissionspräsidenten, Margaritis Schinas, gab an, durch die stärkere „Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Kauf von militärischem Gerät“, also u.a. mit Pooling & Sharing, könnten Kostensenkungen in dieser Größenordnung erreicht werden: „Wir haben Studien, die zeigen, dass wir bis zu 100 oder 120 Milliarden Euro pro Jahr einsparen können.“²²

Pooling & Sharing: Technologische Wunderwaffe

Die Anfänge der neueren europäischen Rüstungskooperation reichen schon Jahre zurück. Ein wichtiges Datum war 1992, als die „Westeuropäische Rüstungsgruppe“ (WEAG) ins Leben gerufen wurde, die aus der bereits 1976 gegründeten „Independent European Programme Group“ (IEPG) hervorging. Sie verfolgte das Ziel, einen effizienteren Ressourceneinsatz durch die Harmonisierung der Rüstungsprogramme und die gegenseitige Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte zu erreichen. 1995 scheiterten die Versuche, aus der WEAG eine europaweite Rüstungsagentur mit umfassenden Kompetenzen zu machen, was zur Gründung der „Organisation für die Rüstungskooperation“ (OCCAR) im Jahr 1997 führte. Ihre Aufgabe besteht in der Koordination einiger bi- und multinationaler Beschaffungsprojekte, wie beispielsweise des Kampfhubschraubers Tiger oder des Airbus A400M. Allerdings nahmen an OCCAR lediglich vier Länder teil: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Auch der 1998 unterzeichnete „Letter of Intent“ (LoI), mit dem die europäische Rüstungszusammenarbeit weiter ausgebaut werden sollte, beschränkte sich auf lediglich sechs Länder (hinzu kamen Schweden und Spanien).²³

Bei all diesen Initiativen handelte es sich jedoch lediglich um ad-hoc aus nur wenigen Ländern zusammengesetzte Kooperationsprojekte, die zudem noch mit geringen Kompetenzen ausgestattet waren. Auch die 2004 gegründete EU-Verteidigungsagentur, der u.a. die Aufgabe zugewiesen wurde, die Koordination der Rüstungsaktivitäten der Mitgliedsstaaten zu verbessern, wurde in ihren diesbezüglichen Möglichkeiten eher

an der kurzen Leine gehalten. Erst in jüngster Zeit gewinnen Überlegungen in diesem Bereich wieder an Prominenz und zwar vor dem Hintergrund wachsender Sorgen um die künftige militärische Handlungs(un)fähigkeit.

Ausgangspunkt ist hier die Rede von – angeblich – drastischen Einschnitten bei den Rüstungshaushalten der Mitgliedsländer. Tatsächlich fallen diese bei weitem nicht so dramatisch aus, wie das Gejammer von Politik, Militär und Rüstungsindustrie nahe legt²⁴, aber hierüber wird dennoch ein gewisser Alarmismus erzeugt, auf dessen Basis weitreichende Maßnahmen wie Pooling & Sharing gefordert werden können. So heißt es in einem Papier der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP): „Europa verliert die Fähigkeit, jenseits seiner Grenzen militärisch zu handeln. [...] Die chronisch unterentwickelten militärischen Fähigkeiten drohen weiter zu verkümmern: als Folge der Finanzkrise schrumpfen die Verteidigungsapparate rasant. [...] In den verteidigungspolitischen Kommuniqués von Nato und EU gilt Pooling und Sharing (P&S) derzeit als technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit.“²⁵

Der erste wesentliche Impuls zur Intensivierung von Pooling & Sharing ging von der deutsch-schwedischen Gent-Initiative aus, deren Vorschläge der Europäische Rat am 9. Dezember 2010 billigte. In seinen Schlussfolgerungen bezeichnete der Rat schon damals die intensiviertere Zusammenarbeit im Rüstungsbereich als unerlässlichen „Kräftemultiplikator“ und forderte die Mitgliedsstaaten dazu auf, in diese Richtung verstärkte Anstrengungen zu unternehmen.²⁶ Wichtig ist in diesem Zusammenhang der strikt intergouvernementale Charakter von P&S, da es allein die Staaten sind, die über derlei Projekte entscheiden: „Pooling ist die dauerhafte Bereitstellung nationaler Fähigkeiten zur Verwendung durch eine multinationale Struktur bei der die Entscheidungshoheit beim jeweiligen Mitgliedstaat verbleibt [...] Sharing ist die temporäre Zurverfügungstellung nationaler Fähigkeiten in einem multinationalen Kontext, ohne dass hierfür ein Verwendungsmechanismus geschaffen wird. Auch hier behalten die Mitgliedsstaaten die Entscheidungshoheit und bestimmen, unter welchen Bedingungen die Verwendung der Fähigkeiten stattfindet (z.B. EU-Battlegroup).“²⁷

Nachdem es vor diesem Hintergrund an den Ländern war, in einem ersten Durchgang 300 mögliche P&S-Projekte vorzuschlagen, wurden diese durch den EU-Militärstab zunächst auf 40 und in einer weiteren Runde 2012 dann auf 13 Initiativen reduziert.²⁸ Am 19. November 2012 wurde ferner ein Verhaltenskodex (Code of Conduct) verabschiedet, dessen Zweck der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt, folgendermaßen zusammenfasste: „Dieser Verhaltenskodex enthält eine starke politische Selbstverpflichtung der Mitgliedsstaaten, die multinationale Kooperation stärker und von Anfang an



Kostspieliges Kooperationsprojekt: Der Airbus A400M. Quelle Julian Herzog//CC-BY 4.0 über Wikimedia Commons

in ihre nationalen Planungen einzubeziehen und möglichst zur bevorzugten Methode im Bereich der Fähigkeitsentwicklung zu machen.“²⁹ In einem weiteren Schritt verabschiedete der Europäische Rat im November 2014 ein „Policy Framework for Systematic and Long-Term Defence Cooperation“ und nahm die Neufassung des „Plans zur Fähigkeitsentwicklung“ („Capability Development Plan“) an, in dem 16 prioritäre „Fähigkeitslücken“ identifiziert wurden, die bevorzugt über Militärkooperationen geschlossen werden sollen. Zuletzt betonte der Rat auf seiner Tagung am 25./26. Juni 2015 erneut, dass „eine umfangreichere und systematischere europäische Verteidigungszusammenarbeit gefördert werden muss – auch mit EU-Mitteln „, um Schlüssel-fähigkeiten bereitzustellen“.³⁰

Tücken der Konsolidierung

Angesichts der allseitigen Begeisterung für P&S ist es bemerkenswert, dass einiges darauf hindeutet, dass die viel beschworenen Einsparmöglichkeiten deutlich überschaubarer sein dürften, als es die oben angeführten Studien nahelegen. Selbst einige P&S-Befürworter warnen vor allzu hohen Erwartungen: „Die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern verspricht große Skaleneffekte, also gesenkte Stückkosten bei größeren Bestellungen, da so die relativ hohen Fixkosten zum Beispiel für Forschung und Entwicklung auf mehrere Schultern verteilt werden. Oftmals stehen diesem Vorgehen allerdings unterschiedliche Anforderungsprofile und industriepolitische Interessen entgegen.“³¹ Tatsächlich haben diese „unterschiedlichen Anforderungsprofile“, zusammen mit zahlreichen anderen Problemen, bei nahezu allen bisherigen länderübergreifenden EU-Beschaffungsprojekten zu riesigen Kostensteigerungen geführt.

Überraschend ist das nicht, liegen doch für die USA, wo ab 1993 ein großangelegter Konsolidierungsprozess in Gang kam, Untersuchungen über dessen Auswirkungen vor. Sie gelangten zu dem Ergebnis, die Konzentrationsprozesse hätten keineswegs zu den prognostizierten Kostensenkungen geführt.³² Auch

wenn vergleichbare Studien für die EU ausstehen, legen etwa die Erfahrungen mit dem europaweit am weitesten konsolidierten Rüstungskonzern Airbus (früher: EADS) ähnliche Schlüsse nahe. So kam es beim „Vorzeigeprojekt“ des Unternehmens, dem Airbus A400M, zu beträchtlichen Kostensteigerungen, die nicht zuletzt auf die beherrschende Stellung des Konzerns zurückgeführt werden können: „Konsortien wie Airbus sind riesige Unternehmen, die in Europa keine Konkurrenz haben. Ihr Know-how ist nicht ersetzbar. Die Konzerne wissen das und treten entsprechend auf. ‚Die Unternehmen haben unglaubliche Macht, niemand wird beispielsweise Airbus fallen lassen wollen‘, sagt ein Bundestagsabgeordneter. ‚Die verhandeln de facto auf Augenhöhe mit den Staaten.‘ Nachverhandlungen? Kulanz? Ausfallzahlungen? Kommen nicht vor, im Gegenteil. Die Politik wird erpressbar. Ein immer teurer werdendes Projekt ist peinlich, ein abgesagtes Projekt, das schon Milliarden gekostet hat, ist ein Desaster. Noch dazu, wenn der Hersteller dadurch in Schwierigkeiten gerät. Also diktieren die Konzerne die Regeln.“³³

Auch interne EU-Studien schätzen die Kostenersparnisse von P&S deutlich geringer ein, als die oben zitierten Quellen. So kam der vom „European Parliamentary Research Service“ erstellte Bericht „Mapping the Cost of Non-Europe“ zu dem Ergebnis, die Einsparpotenziale von P&S lägen bei mageren 300 Mio. Euro jährlich.³⁴ Angesichts der Ergebnisse dieser Untersuchung warnte auch Generalleutnant Wolfgang Wosolsobe vom EU-Militärstab vor allzu großen Erwartungen: „Pooling & Sharing zur Einsparung: Hier war die Ernüchterung relativ groß. Wenn man sich laut einer vor Kurzem durchgeführten Studie meines Vorgängers das Einsparungspotenzial von Pooling & Sharing in Zahlen vor Augen hält, dann ist das, gemessen am europaweiten Verteidigungshaushalt, also die Summe der 27 Verteidigungsbudgets zusammen, relativ gering.“³⁵

Trotz dieses Befundes hält Wosolsobe P&S für erstrebenswert, aber vor allem, weil es eine für die Europäisierung der Militärpolitik notwendige „Kultur der Kooperation“ schaffe: „Das ist zwar eine Momentaufnahme, dennoch würde ich den kurzfristi-



Quelle: CherryX/Wikimedia

gen Spareffekt nicht in den Vordergrund stellen. Aber Pooling & Sharing fördert bzw. schafft eine Kultur der Kooperation. Das ist ganz entscheidend. So schafft Pooling & Sharing in vielen Fällen erst die Möglichkeit, überhaupt Fähigkeiten gemeinsam zu entwickeln, die unter den gegebenen Sparzwängen der einzelnen Staaten nicht hätten aufrechterhalten werden können.³⁶ Die möglichen langfristigen „Vorteile“ hieraus beschreibt Karl-Heinz Kamp von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik folgendermaßen: „[Es] ergibt sich der Gedanke einer gemeinsamen Streitmacht nahezu automatisch, wenn man den Gedanken des ‚Pooling and Sharing‘ – also der Bündelung der vorhandenen militärischen Fähigkeiten – zu Ende führt.“³⁷

Womöglich besteht die eigentliche Attraktivität von P&S aber vor allem auch darin, dass hierüber vermeintliche Sachzwänge zum Abbau nationaler parlamentarischer Kontrollbefugnisse angeführt werden können. Denn der eigentliche Haken an P&S ist die Frage der demokratischen Kontrolle über gemeinsame und geteilte Militärkapazitäten – in einigen EU-Ländern, unter anderem auch hierzulande, verfügen die nationalen Parlamente (noch) über erhebliche Mitspracherechte, insbesondere was die Zustimmung zu Auslandseinsätzen („Parlamentsvorbehalt“) anbelangt.³⁸

Entmachtung der nationalen Parlamente

Natürlich ist ein Szenario, in dem der Bundestag einen von der Regierung befürworteten Einsatz kippen würde, nur schwer vorstellbar – und auch das Tempo, mit dem angeblich eine Entscheidung herbeigeführt werden muss, ist lediglich ein vorgeschobenes Argument: „Niemals war die Beteiligung des Parlamentes ein Hindernis“, versichert denn auch Hans-Peter Bartels, ehemals Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und nun der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.³⁹ Und in der Tat hat das Parlament seit 1994 allen 140 Anträgen auf die Entsendung von Soldaten ins Ausland samt und sonders zugestimmt.⁴⁰

Dennoch hat der Parlamentsvorbehalt eine überaus wichtige Funktion: Er zwingt dazu, über den Sinn bzw. Unsinn von Militäreinsätzen öffentlich zu debattieren und ein Mindestmaß an Rechenschaft darüber abzulegen. Genau hier ergibt sich aus der Debatte um P&S ein militaristischer Kollateralschaden, indem argumentiert wird, es könne nicht angehen, dass der Bundestag – und sei es nur theoretisch – dem Einsatz von gemeinsam angeschafftem und/oder genutztem Militärgerät die Zustimmung versagen könnte. Dieser Mangel an „Verlässlichkeit“ sei der wesentliche Stolperstein, weshalb P&S nur langsam vor-

ankomme und müsse aus diesem Grund aus dem Weg geräumt werden. So hieß es bereits in einem „Positionspapier zur Europäisierung der Streitkräfte“ der SPD-Bundestagsfraktion von Ende 2014: „Wer eine europäische Armee anstrebt, muss für seine Partner berechenbar und verlässlich sein. [...] Einige Fähigkeiten sind redundant in den Streitkräften der EU vorhanden, andere sind interdependent, d.h. diese sind in der EU/NATO nur einmal vorhanden und die beteiligten Nationen sind aufeinander angewiesen, um sie zur Wirkung bringen zu können. Für solche Fähigkeiten könnte der Ausstieg nur eines beteiligten Partners den Einsatz unmöglich machen. Es sind jedoch Prozesse mit einem Höchstmaß an Verlässlichkeit notwendig.“⁴¹

Nachdem innerhalb von CDU und CSU ohnehin schon seit einiger Zeit mindestens ebenso lautstark gefordert wurde, die Axt an den Parlamentsvorbehalt anzulegen⁴², wurde zu diesem Zweck die „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ (Ruhe-Kommission) ins Leben gerufen. Sie präsentierte am 16. Juni 2015 ihre Vorschläge zur „Reform“ der gesetzlichen Grundlagen der Parlamentsbeteiligung, in denen unter anderem Ausbildungseinsätze und die Teilnahme an internationalen Stäben von einer Zustimmungspflicht entbunden werden sollen.⁴³ Begründet wird dies nicht zuletzt damit, durch Pooling & Sharing müsste den Partnern „Verlässlichkeit“ zugesichert werden.⁴⁴ Sollten diese Forderungen tatsächlich umgesetzt werden, würde der Bundestag in seiner ohnehin bereits überschaubaren Fähigkeit, die Regierung im Militärbereich zu kontrollieren, substantiell weiter eingeschränkt.⁴⁵

Angesichts dessen gilt es zu betonen, dass ein Abbau nationaler Kontrollmöglichkeiten grundsätzlich abzulehnen ist. Dies gilt aber umso mehr dann, wenn gleichzeitig keine Stärkung des EU-Parlamentes erfolgt, das derzeit in der Außen- und Sicherheitspolitik faktisch nichts zu sagen hat. Seine diesbezüglichen „Kompetenzen“ finden sich in Artikel 36 des EU-Vertrags, in dem es heißt, das Parlament werde „gehört“ und „unterrichtet“, was sich im Militärbereich abspielt, es darf auch „Anfragen oder Empfehlungen“ an den Rat richten, aber ernsthaft zu entscheiden bzw. mitzureden hat es absolut nichts.⁴⁶ Nichts deutet aktuell darauf hin, dass irgendjemand ernsthaft beabsichtigt, an diesem Zustand etwas zu ändern und das EU-Parlament mit substantiellen Befugnissen auszustatten. Demzufolge soll also alles darauf hinauslaufen, die nationalen Parlamente ersatzlos zugunsten der Regierungen zu entmachten, die sich so eine maximale „Befreiheit“ in Fragen der europäischen Militärpolitik verschaffen wollen.

Rahmennationen und Rüstungsklumpen

Natürlich ist auch die Idee zur Aufstellung multinationaler Truppenverbände alles andere als neu. Als Paradebeispiel wird hier zumeist die im November 1987 beschlossene deutsch-französische Brigade genannt. Sie wurde 1993 dem 60.000 Mann starken Eurokorps unterstellt, zu dem Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien Soldaten beitragen.⁴⁷ Auch darüber hinaus gibt es zahlreiche multinationale Verbände, doch genau diese „Patchworkrealität“ wird in der Bundeswehr augenscheinlich kritisch betrachtet: „In der Praxis kooperieren die europäischen Streitkräfte jedoch vor allem partiell, wie etwa Belgien und die Niederlande im Marinebereich. Die Europäische Verteidigungsagentur listet derzeit 80 Kooperationsprojekte auf. Diese Kooperationsinseln führen zu einem wachsenden ‚Flickenteppich‘ von Kooperationen, die jedoch nur wenig auf europäischer Ebene abgestimmt sind.“⁴⁸

Mit dem Argument, Kooperationsprojekte müssten künftig systematischer ablaufen, bewirbt Deutschland seit 2013 als eine Art Spezialform des Pooling & Sharing das sogenannte Rahmennationskonzept. Über die Bildung von „defence cluster“ (hier frei als „Rüstungsklumpen“ übersetzt) sollen dabei diese „Kooperationsinseln“ zu „Archipelen“ zusammengefügt werden, wie es eine Analyse der „Instituts für Sicherheitsstudien“ der EU blumig formulierte.⁴⁹ Das Konzept hat neben Deutschland augenscheinlich auch Befürworter im Rat, dessen Generaldirektion Außenbeziehungen eine Studie veröffentlichte, in der gefordert wurde, die EU-Kampfverbände (Battlegroups) mit dem Rahmennationskonzept zu verschmelzen.⁵⁰

Die Stiftung Wissenschaft und Politik beschreibt die Kernelemente des Vorhabens folgendermaßen: „Die Idee ist, dass kleinere Armeen ihre wenigen verbliebenen Fähigkeiten an eine große Rahmennation andocken, die das organisatorische Rückgrat bildet. [...] Dem Konzept zufolge sollen die Europäer Cluster bilden: Gruppen aus kleineren und größeren Staaten sollen sich künftig intensiver darüber absprechen, wer dauerhaft welche Geräte und Truppen bereithält. Die Führung des Clusters übernimmt jeweils die »Rahmennation«. Diese bringt vor allem die militärische Grundausstattung in die Kooperation ein, also Logistik, Führungseinrichtungen etc. An dieses Rückgrat docken die kleineren Armeen ihre Spezialfähigkeiten an, etwa Luftabwehr oder Pioniere.“

Dies hat natürlich seinen Preis: „Die Großen müssen das Funktionieren des Rahmens politisch, militärisch und finanziell langfristig in Aussicht stellen können. Im Gegenzug werden sie politische Führung beanspruchen. [...] Die Umsetzung des Konzepts liefe darauf hinaus, dass sich die europäischen Staaten militärisch um die wenigen großen Länder organisieren, die bis auf Weiteres ein breites Fähigkeitsspektrum vorhalten werden, also Deutschland, Frankreich, Großbritannien, vielleicht auch Italien und die Türkei.“ Auffällig abwesend in dieser Aufzählung ist etwa ein Land wie Polen, das über beachtliche militärische Fähigkeiten verfügt, dennoch werde Warschau dem SWP-Papier zufolge mit dem Rahmennationskonzept „faktisch abhängig von der Sicherheitspolitik Berlins.“⁵¹

Es dürfte nicht weiter verwundern, dass die Begeisterung für dieses Konzept in Ländern wie Polen nicht unbedingt von allen Teilen der Strategiegemeinde geteilt wird. So spart ein Beitrag des polnischen „Centre for Eastern Studies“ nicht mit Kritik: „Sollte das deutsche Rahmennationskonzept voll umfänglich implementiert werden, könnten die kleineren Partner des deutschen ‚Klumpens‘ langfristig militärisch und damit auch politisch von den deutschen militärischen und politischen Entscheidungen abhängig werden.“⁵²

Nukleus einer EU-Armee?

In jüngster Zeit wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, diverse Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die allesamt (kleine) Schritte auf dem Weg zu einer EU-Armee darstellen könnten. Auf oberster Planungsebene wurde beim EU-Ratsgipfel am 25./26. Juni 2015 eine Neufassung der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ in Auftrag gegeben, die im Juni 2016 abgeschlossen sein soll. Mit dem „Verteidigungspaket“ (Defence Package) soll ein europäischer Rüstungsmarkt und damit eine gesamteuropäische rüstungsindustrielle Basis geschaffen werden. Deren Stärkung soll nicht zuletzt mit den Plänen zur Einrichtung eines EU-Haushaltstitels zur EU-Rüstungsforschung unterstützt werden, die ebenfalls auf dem Ratsgipfel im Juni 2015 begrüßt wurden. Immer wieder taucht auch der – erstmals 2013 von der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton ins Spiel gebrachte⁵³ – Vorschlag auf, transeuropäische Beschaffungsprojekte generell von der Mehrwertsteuer zu befreien, um so P&S voranzubringen.⁵⁴ Was die im Plan zur Fähigkeitsentwicklung identifizierten Fähigkeitslücken anbelangt, die über kooperative Projekte geschlossen werden sollen, gab es unlängst bereits einen großen „Erfolg“: Mit dem Beschluss zur Entwicklung einer gemeinsamen Kampfdrohne durch Frankreich, Deutschland und Italien, der Ende März 2015 bekannt gegeben wurde, ist nun ein weiteres umfassendes RüstungsKooperationsprojekt auf den Weg gebracht.⁵⁵

Vor allem schreitet derzeit aber auch der Aufbau gemeinsamer Einheiten voran, wofür die im August 2014 erfolgte Unterstellung niederländischer Truppen unter ein deutsches Kommando als „Meilenstein“ gilt: „Im Rahmen eines gemeinsamen Appells wurde die 11. Luftbewegliche Brigade des Königlichen Heeres der Niederlande mit ihren 2100 Soldaten dem Kommando der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr unterstellt. Nie zuvor war ein militärischer Verband eines europäischen Landes in den Großverband eines anderen europäischen Landes eingebunden worden, nie zuvor hatte ein Staat auf diesen elementaren Kernbestandteil seiner Souveränität verzichtet. Einen ‚Meilenstein der Integration‘ nannte die Niederländerin Hennis-Plasschaert diesen Schritt ihrer Regierung. Ihre deutsche Kollegin von der Leyen (CDU) sprach vom Beginn einer ‚neuen Ära‘ auf dem Weg zu einer europäischen Armee. Und sie deutete an, dass beide Länder gewillt sind, diesen Weg weiterzubeschreiten: ‚Diese Zusammenarbeit werden wir künftig sogar noch intensivieren.‘“⁵⁶

Die entscheidende Frage, die sich hier also stellt, lautet, ob mit all diesen Versuchen, Teile des EU-Militärbereichs zusammenzuknoten, möglicherweise tatsächlich derzeit heimlich still und leise bereits der Nukleus einer künftigen EU-Armee geschaffen wird. Aus Sicht von Volker Rühle, Leiter der gleichnamigen Kommission zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes, kann von nationalen Armeen schon heute nur noch eingeschränkt die Rede sein: „Die Bundeswehr, sagte der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle, sei nicht mehr nur die Armee Deutschlands. Zwar gebe es noch keine europäischen Streitkräfte, ‚aber eben auch keine nationalen mehr‘. Militärisch gesehen leben wir also in einer Art Zwischenzeit.“⁵⁷ Für zwei Militärexperten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist eine EU-Armee nicht nur die „logische“ Konsequenz der aktuellen Entwicklungen, sie halten dies auch für dringend geboten: „Die Zusammenarbeit wird auch enger, weil Kampfverbände aus immer mehr Nationen gebildet werden. Stellte früher eine Nation eine Brigade, setzt diese sich heute aus Kompanien mehrerer Länder zusammen. Hinzu kommen der internationale Übungsbetrieb und die zahlreichen



Quelle: Eurokorps

Kommandostrukturen, die EU und Nato aufgebaut haben – auch hier entwickelt sich eine internationale, routinierte Zusammenarbeit, die nicht einfach wieder abgeschaltet werden kann. Dazu gesellen sich gemeinsame Strukturen: Die Nato übernimmt Luftpolizeiaufgaben, damit die Balten keine teure Luftwaffe anschaffen. Als Spitze der Entwicklung integrieren die Niederlande eine ihrer wichtigsten Brigaden in deutsche Kommandostrukturen. So entstehen immer grössere Inseln der europäischen Verteidigungskooperation im Ozean der 28 nationalen Verteidigungspolitiken. [...] Angesichts der Rückkehr militärischer Macht auf die Weltbühne ist Handlungsfähigkeit geboten. Es ist nicht schön, eine europäische Armee zu haben, es ist notwendig.⁵⁸

Deutsches EUropa vs. EU-Armee

In der Tat beschleicht die kleinen und mittleren EU-Länder völlig zu Recht die Sorge, in wesentlichen Entscheidungen der europäischen Militärpolitik künftig über wenig bis keine Mitspracherechte mehr zu verfügen. Ihre Skepsis bezüglich der aktuellen Pläne zur EU-Militärkooperation ist also vollkommen nachvollziehbar. In Deutschland dagegen treffen derlei Aktivitäten inklusive der jüngsten Juncker-Initiative auf Unterstützung quer durchs nahezu komplette politische Farbenspektrum. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und auch Kanzlerin Angela Merkel begrüßten den Vorstoß ebenso wie der SPD-Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels und Außenminister Frank-Walter Steinmeier.⁵⁹ Als eine „hervorragende Idee“ bezeichnete auch der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour die jüngste EU-Armee-Initiative, verwies allerdings darauf, dass dem einige „Elefanten“ im Weg stünden, etwa, dass eine EU-Armee unrealistisch sei, „solange es nicht eine europäische Außenpolitik gibt.“⁶⁰

Aus deutscher Sicht liegt der Vorteil auf der Hand: Nur im EU-Verbund lässt sich die nötige machtpolitische Schlagkraft generieren, um auf der Weltbühne in der ersten Reihe tanzen zu können. Aus dieser Warte führt an einer EU-Armee schlicht kein Weg vorbei – und eine echte Europäisierung gilt in Deutschland hierfür als der „effizienteste“ Weg und wird deshalb dem aktuell praktizierten Intergouvernementalismus vorgezogen: „Intergouvernementale Zusammenarbeit bedeutet eine vertiefte

Zusammenarbeit der EU-Staaten, ohne jedoch eine mit Souveränitätsabgabe verbundene Integration zu vollziehen. Es wäre die Fortsetzung der bislang eingeschlagenen Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Beispiele dafür sind die schnellen Krisenreaktionsverbände der EU, die multilateralen EU-Battlegroups (EUBG). Sie könnten bis zu einem gewissen Grade als Nukleus einer europäischen Armee fungieren, denn hier haben die EU-Staaten in begrenztem Rahmen eine intensive Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, etwa Führungsfähigkeit, geübt. Da jedoch Wehrrecht, Ausrüstung oder ähnliches nicht europäisiert sind, können die EUBG nicht als Blaupause für eine EU-Armee dienen. Die EUBG zeigen zudem, dass die intergouvernementale Zusammenarbeit in Sachen Effektivität und Effizienz schnell an ihre Grenzen stößt, und zudem nur sehr langsam Ergebnisse zeitigt. Allerdings ist es die von den EU-Staaten derzeit einzig akzeptierte Zusammenarbeitsform im militärischen Bereich.“⁶¹

Den Grund, weshalb sich Staaten mit einer Souveränitätsabgabe in diesem hochsensiblen Bereich traditionell extrem schwer tun, beschreibt Heinz Gärtner, Direktor des „Österreichischen Instituts für Internationale Politik“, folgendermaßen: „Denkbar ist für Gärtner eine EU-Armee nur, wenn sich Europa in Richtung eines Bundesstaates entwickelt, mit einer gemeinsamen Regierung und mit dem Gewaltmonopol auf europäischer Ebene. Dann könne es auch eine europäische Armee mit einer Kommandozentrale in Brüssel geben. Ob das die EU-Länder wollen, sei allerdings fraglich: „Denn dann fällt die Entscheidung über Leben und Tod in Brüssel.“⁶² Um eine solch weitreichende Entwicklung anzustoßen, wäre deshalb wohl zumindest ein Einverständnis unter den großen Drei erforderlich, weshalb etwa Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik dafür plädiert, diese Länder sollten eine Art Führungstrio etablieren: „Deutschland ist stark von seinen Partnern abhängig und daher in besonderer Weise an deren Handlungsfähigkeit interessiert. Es sollte deshalb politische Koordination und Ausgleich durch ein Führungstrio in der Verteidigungspolitik (zusammen mit Großbritannien und Frankreich) schaffen [und die] militärische Führung übernehmen, und zwar als ständige Rahmennation“.⁶³

Doch sogenannte „Souveränitätsvorbehalte“ – profan ausgedrückt: die unterschiedlichen nationalen Interessen – stehen derzeit einer solchen Verständigung zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich sowie Großbritannien auf der anderen Seite entgegen.⁶⁴ Dies hat zur Folge, dass sogar strikt intergouvernementale Maßnahmen nur mühsam auf den Weg gebracht werden können⁶⁵, ganz zu schweigen von einer echten Europäisierung des Rüstungssektors. Ungewollt verweist dabei der Leiter der „Konrad-Adenauer-Stiftung“, Hans-Gert Pöttering, darauf, weshalb dies der Fall ist: „Die EU kann nur gemeinsam das Gewicht, das sie mit Blick auf ihre Bevölkerung und Wirtschaftskraft besitzt, in die Waagschale werfen. Die Schuldenkrise in einigen EU-Ländern macht noch einmal offenkundig, was längst hätte klar sein müssen: Von einer gemeinsamen Währung profitieren alle, und daher müssen sich auch alle an die Spielregeln, an die vertraglichen Grundlagen der Währungsunion halten. [...] In der Finanz- und Wirtschaftspolitik haben die Eurostaaten entscheidende nationale Kompetenzen schon an die supranationale Ebene übertragen. Es ist an der Zeit, dies auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu wagen.“⁶⁶

Angesichts solcher Sätze dürften in nahezu allen EU-Hauptstädten die Alarmglocken angehen. Auch und gerade dürfte dies für London und Paris zutreffen, da die Bundesregierung schließlich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise mehr als deutlich unter Beweis gestellt hat, dass sie bereit und in der Lage ist, ihren Willen in diesem Bereich auch rabiat gegen andere EU-Länder



Quelle: Europäische Union

durchzusetzen.⁶⁷ Hinzu kommen die teils offen artikulierten Forderungen nach einem „deutschen Europa“ und die Tatsache, dass heutzutage dort, wo „Brüssel“ auf der Verpackung steht, sich in Wahrheit bereits häufig „Berlin“ dahinter verbirgt: „Brüssel wird heute stärker von deutschen Interessen und Strategien geprägt denn je. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat Deutschland die Schlüsselposten in den EU-Institutionen erobert und Strukturen geprägt, die auch die selbstbewusste Juncker-Kommission binden. Europa spricht heute nicht nur deutsch, wie CDU-General Volker Kauder schon 2011 proklamierte. Es denkt und handelt mittlerweile auch deutsch, nach in Deutschland geprägten Modellen und Regeln. [...] Insgesamt hat es die Bundesregierung verstanden, sich in den EU-Institutionen eine zentrale Rolle zu sichern. Die alte Klage über einen ‚profranzösischen Bias‘ in Brüssel hat sich erledigt; die deutsche Personalpolitik hat ganze Arbeit geleistet. Fast alle strategisch wichtigen Positionen werden heute von Deutschen besetzt, was verständlicherweise nicht überall auf Begeisterung stößt. Der britische ‚Economist‘ machte sich über die ‚teutonische Union‘ lustig und die französische ‚Libération‘ warf Merkel vor, im Alleingang das ‚Casting‘ zu bestimmen.“⁶⁸

Hier dürften die Ursachen liegen, dass sich der Enthusiasmus dafür, auch im Militärbereich nationale Kompetenzen an die supranationale Ebene zu übertragen, derzeit in engen Grenzen hält. So äußerte sich etwa der britische Premier David Cameron zu Junckers Vorschlägen: „Die EU darf keine eigene Armee, keine Luftwaffe oder andere Kapazitäten haben.“ Ein Sprecher der britischen Regierung ergänzte: „Unsere Position ist kristallklar. Verteidigung ist eine nationale, keine EU-Verantwortung

und es besteht keinerlei Aussicht darauf, diese Position zu ändern und keine Aussicht auf eine europäische Armee.“⁶⁹ Und selbst aus Frankreich, das lange als Vorreiter einer Europäisierung der Militärpolitik galt, kommen inzwischen eher zurückhaltende Töne, was wiederum in Deutschland teils für Verärgerung sorgt: „Kein Land redet so viel von Europa wie Frankreich und seine politische Elite. Besonders auf rüstungspolitischem Gebiet und bei der Militärpolitik tönt es aus Paris immerzu: Mehr Europa! [...] Aber im Kern geht es immer um dieselbe Maxime ‚La France d’abord!‘, also die Verwirklichung nationalfranzösischer Vorhaben im europäischen Gewande. [...] Sie bleiben Nationalisten, die bei Rüstungsfragen kein Jota Souveränität abgeben.“⁷⁰

Tatsächlich ist es aus französischer Sicht gerade Deutschland, das über den „EU-Umweg“ seine nationalen Interessen durchsetzen möchte, weshalb die Gründe für die Pariser Vorbehalte sich heute wohl nicht gänzlich von denen unterscheiden, weshalb die französische Nationalversammlung bereits den Pleven-Plan zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 versenkte. Louis Terrenoire, der damalige Generalsekretär der Gaullisten, kritisierte den Plan ein Jahr vor seinem Scheitern folgendermaßen: „Acht Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus sind die diplomatischen Bestandteile der germanischen Macht wiederhergestellt. Wenn die europäischen Integrationspläne, vor allem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, verwirklicht werden sollten, wird künftig über die deutsche Vorherrschaft kein Zweifel mehr möglich sein.“⁷¹

Anmerkungen

- 1 Heise, Volker: Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Entwicklung, Stand und Probleme, SWP-Studie, Oktober 2009, S. 8.
- 2 Kamp, Karl-Heinz: Die Europa-Armee: Pro und Kontra, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier zur Sicherheitspolitik, Nr. 4/2015, S. 3.
- 3 Major, Claudia: Legitimation und Umriss einer Europa-Armee, Reader Sicherheitspolitik, März 2011.
- 4 Drucksache 18/3884, 29.01.2015, S. 4.
- 5 Der Bereich wurde mehrfach umbenannt. Zuerst firmierte er unter dem Begriff „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ (ESVI), dann als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP), bis mit dem Vertrag von Lissabon seit 1. Dezember 2009 eine neuerliche Namensänderung eingeführt wurde.
- 6 Eine wichtige Ausnahme ist der europäische Rüstungsmarkt, auf den die EU-Kommission zunehmend versucht, Einfluss auszuüben. Es bestehen aber einige Zweifel, ob es der Kommission gelingen wird, sich hier allzu viele Kompetenzen auf Kosten der Nationalstaaten aneignen zu können. So steht aktuell und wohl auch in absehbarer Zukunft der strikt intergouvernementale Charakter der EU-Militärpolitik außer Frage: „Die Strukturen der Rüstungs Kooperation in Europa werden von intergouvernementalen Absprachen dominiert – der EU-Rahmen spielt bis heute keine bestimmende Rolle.“ (Mölling, Christian: Der europäische Rüstungssektor. Zwischen nationaler Politik und industrieller Globalisierung, SWP-Studien 2015/S 12, Juni 2015, S. 11)
- 7 Ein Riesenzwerg, der vieles kann, *Die Zeit*, Nr. 21/2009.
- 8 Juncker fordert Gründung einer europäischen Armee, *Focus*, 08.03.2015.
- 9 Eine Kritik an der Forderung, mit Blick auf Russland müsse eine EU-Armee aufgebaut werden, formulierte etwa Rinke, Bernhard: „Weder realistisch noch wünschenswert“, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 19.05.2015: „Eine europäische Armee würde die Konflikthaftigkeit im internationalen System noch erhöhen. Eindringlich zu warnen ist jedenfalls vor der klassischen Abschreckungslogik gemäß dem antiken Motto des ‚Si vis pacem, para bellum‘. Eine solche europäische Außen- und Sicherheitspolitik [...] würde nur neue Sicherheitsdilemmata generieren und bestehende vertiefen. Andere weltpolitische Akteure wie Russland würden die EU vermehrt als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit wahrnehmen und mit entsprechenden Gegenmaßnahmen reagieren.“
- 10 Cem Özdemir und Tobias Lindner zit. bei Cremer, Uli: Militärpolitische Vision „Europäische Armee“ revisited, *Grüne Friedensinitiative*, 01.05.2015.
- 11 Kaldrack, Gerd F./Pöttering, Hans-Gert: Vorwort, in: dies. (Hg.): Eine einsatzfähige Armee für Europa. Zur Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, Wiesbaden 2011, S. 7-9, S. 7.
- 12 Dreifke, Jürgen: Europäische Armee – Vision oder Illusion?, Beitrag zum sicherheitspolitischen Kreiseminar in der Akademie Biggese 6.-7.10.2012, S. 30.
- 13 Algieri, Franco/Emmanouilidis, Janis/Maruhn, Roman: Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien, Centrum für angewandte Politikforschung, München 2003, S. 12f.
- 14 Kamp 2015, S. 2. Die Zahl dürfte folgender Studie entnommen sein: Mapping the Cost of Non-Europe, 2014-19, *European Parliamentary Research Service*, Brussels, April 2015 (3rd edition), S. 77.
- 15 Rede von Bundesminister Gabriel zu den Grundsätzen deutscher Rüstungsexportpolitik, Berlin, 08.10.2014.
- 16 Major, Claudia/Mölling, Christian: Debatte um die Europäische Armee: Pragmatismus statt Zukunftsvisionen, *euractiv*, 11.03.2015;
- Siehe auch Valasek, Thomas: Surviving Austerity: The case for a new approach to EU military collaboration, CER, April 2011, S. 12.
- 17 Vor allem europaweite Beschaffungsprojekte sollen in diesem Zusammenhang helfen, die Anschaffungskosten für Rüstungsgüter massiv abzusenken – so zumindest die Hoffnung: „[Durch] die europäische Rüstungs Kooperation [...] kann somit – neben der Gestellung militärischer Fähigkeiten – auch eine wirtschaftliche Bedarfsdeckung erreicht werden. Denn die Problematik hoher Stückpreise bei insgesamt kleinen Stückzahlen kann durch gemeinsame Beschaffung gelöst werden.“ (Heusgen, Christoph u.a.: Sicherheitspolitische Kooperation ein Jahr nach Lissabon, in: Kaldrack/Pöttering 2011, S. 57-67, S. 63)
- 18 „Pooling & Sharing kann keine Ausrede sein, weniger zu investieren; vielmehr eröffnet es einen Weg, zusammen Fähigkeiten anzuschaffen, die einzeln unerreichbar wären und bei der Anwendung dieser Kapazitäten mehr Effektivität zu erreichen.“ (Arnould, Claude-France: Pooling & Sharing: More Effective, Not Cheaper Defence, Berlin, 27.11.2012: <http://www.eda.europa.eu/info-hub/news/2012/11/27/pooling-sharing-more-effective-not-cheaper-defence>)
- 19 EU-Staaten verschwenden bei Rüstung viel Geld, *Handelsblatt*, 26.06.2013.
- 20 Fehlende Kooperation: EU verschwendet Milliarden bei der Rüstung, *Spiegel Online*, 08.12.2013.
- 21 More Union in European Defence, Report of a CEPS Task Force, February 2015.
- 22 Junckers Vorschlag für EU-Armee: Kleine Schritte statt großer Wurf?, *euractiv*, 10.03.2015.
- 23 Vgl. Heidbrink, Stephan: Die EU-Rüstungsexportpolitik: Gefahr für die globale Sicherheit oder friedenspolitische Chance?, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen: Welt – Macht – Europa, Hamburg 2006, S. 250-263, S. 250ff.
- 24 Ein Blick in die Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes (SIPRI) zeigt, dass die Gesamtausgaben aller EU-Mitgliedsländer im Jahr 2013 (279,40 Mrd. Euro) immer noch über dem Niveau von 2000 (270,17 Mrd. Euro) liegen. Selbst wenn für das Jahr 2000 alle Länder, die erst später der EU beigetreten sind, „hinzugerechnet“ werden, liegen die Ausgaben mit 289,26 Mrd. Euro selbst inflationsbereinigt lediglich 3% über den Budgets des Jahres 2013. Zu Bedenken gilt es zudem, dass für die nächsten Jahre zahlreiche EU-Länder, darunter etwa Deutschland und Frankreich, substantielle Steigerungen angekündigt haben.
- 25 Mölling, Christian: Pooling und Sharing in EU und NATO, SWP-Aktuell, Mai 2012, S. 1.
- 26 „Der Rat weist darauf hin, dass die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die nationalen Verteidigungshaushalte als Gelegenheit verstanden werden müssen, der Entwicklung militärischer Fähigkeiten in Europa einen neuen Impuls zu geben, damit die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich verwirklicht, noch verbleibende Lücken geschlossen und die Verteidigungsfähigkeiten, die zur Unterstützung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und zur Verwirklichung nationaler Fähigkeitsziele erforderlich sind, gewährleistet, unnötige Duplizierungen in den Mitgliedstaaten aber vermieden werden können. [...] Um die militärischen Fähigkeiten in Europa zur Unterstützung und Vertiefung der GSVP zu stärken, ruft der Rat die Mitgliedstaaten auf, alle Gelegenheiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Fähigkeitsentwicklung zu ergreifen. Insbesondere weist er darauf hin, dass Optionen zur Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten entwickelt werden müssen“ (Europäischer Rat: *Mitteilung an die Presse*, 09.12.2010)
- 27 Algieri, Franco u.a.: Pooling & Sharing im Rahmen der Europäischen Union, in: Felberbauer, Ernst M./Pfarr, Dietmar (Hg.):

- Pooling & Sharing und Smart Defense. Herausforderungen für Streitkräfte im 21. Jahrhundert, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien, Januar 2013, S. 13-34, S. 14. Siehe auch EDA's Pooling & Sharing, European Defence Agency, [Fact Sheet](#), 30.01.2013: "Pooling & Sharing" is a EU concept which refers to Member States-led initiatives and projects to increase collaboration on military capabilities."
- 28 Mölling, Christian: Wege aus der europäischen Verteidigungskrise. Bausteine für eine Verteidigungssektorreform, SWP-Studie, April 2013, S. 16. Inzwischen laufen unter Leitung der Verteidigungsagentur (EDA) 19 P&S-Projekte, insgesamt listete die EDA Anfang 2015 59 Projekte auf, die sie unterstützt(e) oder leitet(e). unterstützt. Siehe State of play of the implementation of EDA's pooling and sharing initiatives and its impact on the European defence industry, DGEXPO, June 2015, S. 17.
- 29 Schmidt, Christian: Perspektiven der EDA, [Kommentar Onlineauftritt Behördenspiegel](#), Februar 2013.
- 30 Schlussfolgerungen des Rates, Brüssel, den 26. Juni 2015, S. 8.
- 31 Ischinger, Wolfgang u.a.: Smart Defence. Anspruch, Mehrwert und Auswirkungen für Europa, in: Internationale Politik, Juli/August 2012, S. 98-103, S. 100.
- 32 Vgl. Edwards, Jay: The EU Defence and Security Procurement Directive: A Step Towards Affordability?, Chatham House, August 2011, S. 6, der sich beruft auf: Stratogiannis, Ioannis A./Zahos, Christos K.: Defence Industry Consolidation and Weapon System Cost Growth, Naval Postgraduate School, 2008; und Defence Acquisitions Assessment of Selected Weapons Programmes, US Government Accountability Office (GAO), 2009. Vgl. auch Hensel, Nayantara: Can Industry Consolidation Lead to Greater Efficiencies? Evidence from the U.S. Defense Industry, in: Business Economics (2010) 45, S. 187-203.
- 33 Zwölf Gründe, warum Bundeswehrprojekte so oft schiefgehen, [Die Zeit](#), 13.05.2015. Siehe auch „Multinationale Projekte erhöhen die Kosten“, NDR Info, 30.05.2015.
- 34 Ballester, Blanca: The Cost of Non-Europe in Common Security and Defence Policy, [European Parliamentary Research Service](#), Dezember 2013, S. 31.
- 35 [Truppendienst](#), Nr. 2/2013.
- 36 Ebd.
- 37 Kamp 2015, S. 2.
- 38 Vgl. Wolfgang/Deitelhoff, Nicole (Hg.): The Parliamentary Control of European Security Policy, ARENA Report Nr. 7/2008.
- 39 „Niemand war die Beteiligung des Parlaments ein Hindernis“, [Rede](#) von Hans-Peter Bartels vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2014.
- 40 Die Bundeswehr als nationale Armee? Das war einmal, [Die Welt](#), 16.06.2015.
- 41 [Positionspapier zur Europäisierung der Streitkräfte](#), Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, S. 4f..
- 42 Besonders prominent taten sich in diesem Zusammenhang der inzwischen verstorbene CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff und sein Kollege Roderich Kiesewetter hervor: „Wichtig ist, dass wir wie unsere Verbündeten auf Kommando-, Logistik-, Aufklärungs- oder Ausbildungseinheiten, die ‚geteilt‘ werden, verlässlich zugreifen können. [...] Eine wirkungsvolle GSVP wird die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten in so starkem Maße zusammenlegen und unter geteilte Führung stellen, dass es nicht möglich sein wird, nationale Vorbehalte als Einzelmeinung durchzusetzen. Deutsche Soldaten könnten damit in einen EU-Einsatz gehen, den die deutsche Regierung und der Deutsche Bundestag allein aus eigener Initiative nicht beschlossen hätten. [...] Dieser Souveränitätsverzicht betrifft gerade den Bundestag mit seiner im europäischen Vergleich eher starken Mitspracherolle und müsste sich in einer Reform des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr niederschlagen. Der Bundestag muss weiterhin das letzte Wort in Form eines Rückrufvorbehalts bei solchen Entscheidungen behalten.“ Schockenhoff, Andreas/Kiesewetter, Roderich: Impulse für Europas Sicherheitspolitik. Die Zeit zum Handeln ist gekommen, in: Internationale Politik 5, September/ Oktober 2012, S. 88-97, S. 96.
- 43 Abschlussbericht der Kommission: Unterrichtung durch die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/5000, 16.06.2015 (zit. als Rüge-Kommission).
- 44 „Beispiele für multilaterale Verbundfähigkeiten sind AWACS, künftig das System zur Bodenaufklärung aus der Luft (Alliance Ground Surveillance), die EU-Battlegroups sowie die integrierte Kommandostruktur der NATO. Ein weiteres Beispiel ist die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) der NATO, deren Funktionsfähigkeit davon abhängt, dass die Mitgliedstaaten ihre Beiträge, die sie eingebracht haben, im Einsatzfall auch tatsächlich zur Verfügung stellen. Auch im Rahmen der Bündelung nationaler Fähigkeiten unter einem gemeinsamen Kommando (Pooling), wie zum Beispiel beim Europäischen Lufttransportkommando (EATC), können gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.“ (Rüge-Kommission, S. 4).
- 45 Dennoch gehen die Pläne einigen sogar nicht weit genug: Parlamentsvorbehalt: Mölling, Christian/Voß, Alicia von: So wird es nichts mit der europäischen Armee, [euractiv](#), 19.06.2015.
- 46 Vgl. Wagner, Jürgen: EUropa außer Kontrolle. Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik im parlamentarischen Niemandsland, Informationen zu Politik und Gesellschaft, Nr. 6/2011.
- 47 Auf dem Weg zu einer Europäischen Armee, [Newsletter Verteidigung](#), 02.07.2013.
- 48 Major 2011.
- 49 Andersson, Jan Joel: European defence collaboration: Back to the future, EUISS Issue Brief 19/2015.
- 50 State of play of the implementation of EDA's pooling and sharing initiatives and its impact on the European defence industry, DGEXPO, June 2015, S. 6 und 30.
- 51 Major, Claudia/Mölling, Christian: Das Rahmennationen-Konzept. Deutschlands Beitrag, damit Europa verteidigungsfähig bleibt, SWP-Aktuell, November 2014.
- 52 Gotkowska, Justyna: Germany's idea of a European army, [OSW](#), 25.03.2015.
- 53 Der Vorschlag wurde wohl erstmals Ende 2013 von der damaligen EU-Außenbeauftragten in einem zentralen Strategiepapier unterbreitet. Siehe Ashton, Catherine: Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence Final Report by the High Representative/Head of the EDA on the Common Security and Defence Policy, Brussels, 15 October 2013.
- 54 Der Vorschlag wurde u.a. im „Berichtsentwurf über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des französischen Konservativen Arnaud Danjean aufgegriffen. Darin heißt es: „Das Europäische Parlament [...] ist verwundert darüber, dass auf europäischer Ebene noch immer keine Möglichkeiten finanzieller Anreize für die Zusammenarbeit und Kräftebündelung bestehen; verweist auf den Aufruf des Rats im Dezember 2013, solche Möglichkeiten auszuloten, und bedauert, dass nach einem Jahr die Diskussionen noch zu keiner konkreten Maßnahme in diesem Bereich geführt haben; merkt an, dass die belgische Regierung bereits spontan zugestimmt hat, Ausnahmen von Mehrwertsteuer in Vorbereitungsphasen bestimmter Projekte [...] zu genehmigen; findet, dass diese Ausnahmen systematisch auf Infrastruktur und konkrete kapazitive Programme erweitert werden sollten“. Entwurf eines Berichts

- über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (nach dem Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik), Brüssel, 16.12.2014, Absatz 28.
- 55 Bundeswehr: Die bewaffneten Drohnen kommen, [Spiegel Online](#), 31.03.2015.
- 56 Deutschland treibt das Projekt Europaarmee voran, [Die Welt](#), 07.08.2014.
- 57 Die Bundeswehr als nationale Armee? Das war einmal, [Die Welt](#), 16.06.2015.
- 58 Major, Claudia/Mölling, Christian: Die europäische Armee kommt, [NZZ](#), 29.04.2015.
- 59 Überhaupt entpuppt sich die SPD derzeit als große Verfechterin einer „Vereinigten Armee von Europa“. Siehe Wagner, Jürgen: Die Sozialdemokratie und die Vereinigte Armee von Europa, in: AUSDRUCK (Februar 2015), S. 21-22.
- 60 Vorschlag des EU-Kommissionschefs: Merkel unterstützt Idee der Europa-Armee, [Spiegel Online](#), 09.03.2015.
- 61 Major 2011.
- 62 EU-Armee: „Dann entscheidet Brüssel über Leben und Tod“, [Die Presse](#), 30.03.2015.
- 63 Mölling 2013, S. 6.
- 64 Auch eine Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien, Frankreich und Deutschland ist gegen eine EU-Armee (28% dafür, 43% dagegen). Meinung der Europäer zu einer einheitlichen EU-Armee, [Sputnik](#), 30.06.2015.
- 65 So wurde bislang z.B. der Einsatz der multinational zusammengesetzten Battlegroups blockiert, der lange geplante Aufbau eines EU-Hauptquartiers kam bislang kein Stück voran und auch die Nutzung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, über die wesentliche Aspekte der EU-Militärpolitik in den Rat verlagert und dort Mehrheitsentscheidungen unterworfen werden könnten, kommt nicht in die Gänge.
- 66 Pöttering/Kaldrack 2011, S. 7.
- 67 Konicz, Tomasz: Der Aufstieg des deutschen Europa, [Telepolis](#), 23.03.2015.
- 68 Bonse, Eric: Europa tickt deutsch, in: [Blätter für deutsche und internationale Politik](#), 3/2015, S. 5-8.
- 69 Rinke 2015.
- 70 „Die Franzosen wollen Deutschland betäuben“, [Die Welt](#), 08.04.2015.
- 71 Was dachten die Deutschen? Auslandskommentare zum 6. September [1953], [Der Spiegel](#), Nr. 38/1953.

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

